

Kleine Anfrage

Alarmstufe Rot im Gesundheitswesen, weil Hilferufe ungehört blieben (Teil 3)

Frage von Landtagsabgeordneter Mario Wohlwend

Antwort von Regierungsrat Manuel Frick

Frage vom 02. Oktober 2024

Das oberste Ziel im Gesundheitswesen, die patientenorientierte und integrierte Versorgung, wurde bis heute nicht top down mit den notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen versehen. Im Positionspapier der Liechtensteinischen Ärztekammer wird dem Gesundheitsministerium vorgeworfen, bei der Erarbeitung des Psychatriekonzeptes die betroffenen Fachexperten nicht ausreichend einbezogen zu haben. Die Vorwürfe beziehen sich auf unrealistische Prognosen und eine Missachtung der tatsächlichen Bedürfnisse und Kapazitäten, insbesondere bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen.

Die wiederholten Verzögerungen bei der Umsetzung des Konzepts haben den akuten Versorgungsnotstand verschärft. Das Fehlen einer spezialisierten Notfallpsychiatrie macht die Situation unhaltbar. Fachexperten betonen den dringenden Handlungsbedarf. Im Vergleich dazu zeigt die Schweiz proaktivere Ansätze mit Empfehlungen zur psychischen Gesundheit, die auch Liechtenstein vorantreiben könnten. Die fehlende oder zumindest unklare Roadmap des Gesundheitsministers wird als grosse Belastung empfunden. Transparenz, Effizienz und Empathie sind dringend notwendig, um die psychische Gesundheitskrise zu bewältigen und adäquate Versorgungsstandards zu etablieren.

- * Warum hat das Gesundheitsministerium die Fachverbände und Experten nicht ausreichend in die Entwicklung des Psychatriekonzepts einbezogen?
- * Warum sind die Fachverbände nicht in der Lenkungsgruppe vertreten?
- * Wie gedenkt das Gesundheitsministerium den akuten Herausforderungen in der Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher schnellstmöglich zu begegnen?
- * Welche konkreten Massnahmen und Zeitpläne gibt es, um die wiederholten Verzögerungen bei der Umsetzung des Psychatriekonzepts zu beheben und mehr Transparenz in die zukünftigen Prozesse zu bringen?

Antwort vom 04. Oktober 2024

zu Frage 1:

Der Vorwurf des mangelnden Einbezugs ist nicht zutreffend. Fachverbände sowie Expertinnen und Experten wurden im Prozess zur Erarbeitung des Konzepts sowohl über Interviews als auch über die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf des Konzepts abgeholt.

zu Frage 2:

Die Regierung hat eine verwaltungsinterne Lenkungsgruppe eingesetzt, die themen- bzw. massnahmenbezogen die betroffenen Fachverbände, Institutionen und Experten einbindet.

zu Frage 3:

Die von der Regierung eingesetzte Lenkungsgruppe arbeitet an der Umsetzung der Massnahmen. Gewisse – wie die Aufteilung von Stellen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und deren Neubesetzung sowie die Besetzung freier Stellenkontingente in der Kinder- und Jugendpsychotherapie – wurden bereits angegangen. Die konkrete Besetzung dieser Stellen liegt aber in der Verantwortung der zuständigen Verbände, in diesen beiden Fällen jeweils des Krankenkassenverbands sowie der beiden Organisationen, welche die vorliegende Stellungnahme verfasst haben. Im Präventionsbereich laufen zudem die Arbeiten, um bestehende niederschwellige Hilfs- und Beratungsangebote besser bekannt zu machen sowie im Rahmen einer Kampagne die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Sinne von Sensibilisierung und frühen Interventionen zu fördern.

zu Frage 4:

Eingehend ist zu bemerken, dass der Vorwurf der «wiederholten Verzögerungen bei der Umsetzung des Psychiatriekonzepts» nicht zutreffen kann, zumal die Regierung das Psychiatriekonzept am 7. Mai 2024 zur Kenntnis genommen hat, also vor nicht einmal fünf Monaten. Wie dem Psychiatriekonzept entnommen werden kann, decken sich die Forderungen des Positionspapiers weitgehend mit den im Psychiatriekonzept vorgesehenen Massnahmen, die nun nach den gesetzten Prioritäten unter Einbezug der betroffenen Fachverbände, Institutionen und Experten bearbeitet werden.